Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 93. | Dresden, Donnerstag den 24. April 1913. | 24. Jahrg.

Arbeiter! Rüstet zur Maifeier!

Die Post beantwortet den ihr von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung erteilten Rüffel mit einer Schimpfkanonade.

Oesterreich unterbreitete den Mächten konkrete Vorschläge zu **Maßregeln gegen die Besetzung Skutaris.**

Der montenegrinische Delegierte bei der Pariser Finanzkonferenz erklärte, daß Montenegro die eroberte Stadt Skutari nicht wieder herausgeben werde.

Mehrere **Fliegerstürze** werden gemeldet.

Der Skutari-Konflikt.

In Cetinje, Belgrad, Sofia und überall, wo Slawen sitzen, wird der Fall Skutaris mit mehr oder weniger rauschenden Feiern begangen. Die solange als Rasse minderer Güte angesehenen Slawen aller Länder fühlen sich und freuen sich dieses neuen Waffenerfolges ihrer Balkanbrüder. Das nichtslawische Europa aber hat über Nacht ernste Augen bekommen, denn über Nacht hat sich die noch gestern friedlich gestimmte internationale Situation verschärft. Was wird aus Skutari? Das ist die Frage, die das Heute so ernst macht.

Es ist jetzt gewiß, daß nicht nur serbische Soldaten am Generalsturm auf Skutari teilgenommen haben, sondern daß die schwere serbische Artillerie die Schlacht sogar entschieden hat. Und das, trotzdem die serbische Armeeleitung den Mächten versprochen hatte, alle serbischen Truppen von Skutari abziehen zu lassen. Die Mächte sind wieder einmal überrumpelt worden, wie ja nach Marx' Wort die Orientfrage immer die Eselsbrücke der europäischen Diplomatie gewesen ist. Die serbischen Regierungskreise lachen sich ins Fäustchen und die Belgrader Blätter feiern den Fall Skutaris offen als einen Sieg der serbischen Armee! Wird dieses Serbien Lust haben, sich dem Beschluß der Mächte zu fügen und die besetzten albanischen Städte räumen?

Weiter: Mit dem operettenhaften Pomp und Prunk seines Zwergkönigtums ist Nikita von Montenegro in Skutari eingezogen und hat nach Londoner Meldungen den montenegrinischen Heerscharen den Befehl erteilt, die Befestigungswerke der eroberten Feste instand zu setzen, die Forts ausgiebig zu verproviantieren und für eine wirksame Verteidigung der Festung vorzusorgen. In Cetinje treffen noch immer täglich Freiwillige, insbesondere aus Rußland und den südslawischen Provinzen Oesterreichs, ein, darunter viele Studenten, die nach kurzer militärischer Ausbildung zur Front abgehen. General Wukotitsch ist zum Militärgouverneur von Skutari ernannt worden.

Kurz, die montenegrinische Regierung richtet sich in Skutari bereits häuslich ein und es ist unzweifelhaft, daß Nikolaus aus der Stadt, an deren Eroberung er so viel gewagt und die so viel montenegrinisches Blut getrunken hat, nicht gutwillig und freiwillig abziehen wird. Er handelt dabei nicht auf eigene Faust, denn diese blutige Belagerung war doch nur möglich, weil hinter ihr auch der leidenschaftliche Wille des kleinen Volkes selbst stand.

Auf der anderen Seite erscheint durch die Beschlüsse der Londoner Botschafterkonferenz und durch die Flottendemonstration an der Skutarifrage das gesamte Europa engagiert, und es ist wieder undenkbar, daß dieses die „vollzogene Tatsache" des Falles der Festung akzeptieren könnte. Welche Mittel jenes sagenhafte Europa aber anwenden könnte, um Nikita aus Skutari herauszubringen, ist nicht zu erkennen. Die eigentliche Gefahr ist aber die, daß Skutari heute zu einer Frage des „Prestiges" von **Oesterreich-Ungarn** geworden ist, und daß man in Wien in dieser Sache, wenn man schon einlenken könnte, keineswegs einlenken wollen wird.

Eine Nachricht weiß bereits von einer Aktion Oesterreichs in der Skutarifrage zu erzählen:

Wien, 23. April. In Rücksicht auf die gegen den einmütigen Willen Europas von den Montenegrinern fortgesetzte Haltung unterbreitete, wie das Fremdenblatt meldet, die österreich-ungarische Regierung den Mächten konkrete Vorschläge, die auf die Anwendung nachdrücklicher Maßregeln abzielen, um die Montenegriner ehestens zur Räumung Skutaris zu veranlassen.

Wird die Einigkeit der Mächte auch in der Frage des Vormarsches gegen Skutari vorhalten? Vorläufig sitzen die Botschafter in London wieder einmal ratlos beieinander, die internationale Flotte hat die Blockade der montenegrinisch-albanischen Küste bis Durazzo ausgedehnt und — österreichische Truppen in Dalmatien erhielten den Befehl, sich marschbereit zu halten. Es kann also sehr leicht geschehen, daß sich Oesterreich-Ungarn von Europa trennt und das Unternehmen, Montenegro zur Raison zu bringen, auf eigene Rechnung und Gefahr betreibt. Aber das könnte, ja müßte dazu führen, daß Oesterreich in Montenegro einmarschiert; und ob es dann bloß bei dem „Kriege" der Großmacht mit dem Zwergstaat verbleibt, ist heute ebenso eine offene Frage, wie sie es trotz der Haltung des offiziellen Rußlands immer war.

Europa steht vor einer der letzten, aber größten Gefahren des Balkankrieges.

* * *

Der türkische Abzug aus Skutari.

Cetinje, 23. April. Das Protokoll über die Uebergabe von Skutari ist von Essad Pascha, dem Oberkommandierenden der Verteidigungsarmee, unterzeichnet. **Die Garnison hat die Stadt mit ihren Waffen verlassen.** Die türkischen Truppen verließen Stellungen, die von den Montenegrinern noch gar nicht bedrängt wurden. Gestern abend gegen 10 Uhr erstürmten die montenegrinischen Truppen den Tarabosch und Brdica; daraufhin verließen die Türken die Befestigungen. Auf der Zitadelle wurde sofort die montenegrinische Flagge gehißt und die türkische niedergeholt. Der Grund der Uebergabe wird darin gesehen, **daß die Garnisonen in Brdica und am Tarabosch definitiv erklärt haben, sie wollten nur für die Türkei kämpfen, nicht aber für ein autonomes Albanien.** Der Minister des Innern Plamenatz erklärte dem Korrespondenten des Rusko Slovo hier: **Skutari ist nun gefallen, die Montenegriner besitzen es, und keine Macht wird uns zwingen können, wieder herauszugehen.**

Die Schlachtopfer.

London, 23. April. Ein Telegramm aus Cetinje meldet: Die Montenegriner hatten beim Sturm auf Skutari 3000 Tote, die Türken 5000, 22 000 Türken wurden gefangen genommen.

*

Slawische Kundgebungen in Oesterreich.

Prag, 23. April. Im Anschluß an eine von der Polizei aufgelöste Versammlung der Tschechischradikalen zur Feier des Falles von Skutari fanden Umzüge durch die Hauptstraßen statt unter Hochrufen auf Montenegro und Absingen altslawischer Lieder. Mehrere Ansammlungen wurden von der Polizei zerstreut und ungefähr 30 Verhaftungen vorgenommen. Wie die Bohemia meldet, sind die allslawischen Fahnen an den Häusern in Prag, welche aus Anlaß der Einnahme von Skutari durch die Montenegriner ausgehängt worden waren, auf Anweisung der Polizei entfernt worden. Ebenso wurden zahlreiche Sympathietelegramme an die montenegrinische Regierung von der Postverwaltung angehalten.

Das Panslawistentreiben in Petersburg.

Petersburg, 23. April. Die Einnahme Skutaris, mit der man hier schon seit Tagen rechnete, hat nach offizieller Auffassung **die Lage wiederum verwickelter** gestaltet. Obgleich man im Ministerium des Auswärtigen jede direkte Auskunft verweigerte, wurde doch nicht verneint, daß Verwickelungen im Bereich der Möglichkeit liegen. Die gleiche Auffassung herrscht auf der hiesigen serbischen und bulgarischen Gesandtschaft, die übrigens ohne direkte Nachrichten aus Sofia und Belgrad sind. Gegen Abend sammelte sich nach einer Messe in der Preobraschenskikirche eine Menge von einigen tausend Köpfen vor der Kirche an, die unter Absingen der russischen und serbischen Nationalhymne vor die serbische Gesandtschaft zog und dort stürmische Ovationen ausbrachte und den Gesandten Spalaikowitsch mit dem Rufe „Hoch Serbien!", „Nieder mit Oesterreich!" begrüßte. Die gleiche Demonstration fand vor der bulgarischen Gesandtschaft statt.

Armselige Regierung!

Wo ist der patriotische Schwung geblieben, den man sich so eifrig bemüht hatte für die neuen Heeresverstärkungen zu entfachen? Von Woche zu Woche, von Tag zu Tag ist die Stimmung abgeflaut und der Regierungsmänner bemächtigt sich ein Katzenjammer sondergleichen. Mit der Nichtigkeit der Begründungsversuche für die militaristischen Forderungen und mit den moralischen Erfolgen der Sozialdemokratie in den Militärdebatten fing es an und **mit den Enthüllungen über die Korruption der Rüstungslieferanten** kam der entscheidende Moment des Umschwungs. Und nun eilt die Regierung Bethmann-Hollweg durtig von Schlappe zu Schlappe. Diese Regierung, die so hochgemut auftrumpfte und sich von den Wellen der Jubiläumsbegeisterungen tragen zu lassen gedachte, — wie übel zugerichtet steht sie heute da!

Die Mittwoch-Sitzung des Reichstags brachte der Regierung gleich zwei Blamagen auf einmal, eine immer schlimmer als die andere. Zunächst ließ der Reichskanzler dem Reichstag die Mitteilung zugehen, daß er auf den etatswidrigen **Grundstückskauf** für das **Militärkabinett** des Kaisers Verzicht leiste und die betreffende Etatsposition zurückziehe. Der Reichskanzler muß unter der Wucht des fast einmütigen Widerstandes der Budgetkommission das fatale Zugeständnis machen, daß die Regierung das Etatsrecht des Reichstags zu verletzen den Versuch gemacht hat. Und gleich darauf erlitt dieselbe Regierung, die soeben der gesetzwidrigen Ueberschreitung ihrer Befugnisse überführt ist, bei dem Versuch, die Rechte des Reichstags trutzig herabzusetzen, eine weitere schwere Blamage.

Die Budgetkommission hatte unter dem Eindruck der Krupp-Enthüllungen auf Antrag des Zentrums beschlossen, den Reichskanzler um **Einsetzung einer Untersuchungskommission** zu ersuchen, die eine Prüfung der gesamten Rüstungslieferungen für Reichsheer und Marine vornehmen soll. In diese Kommission sollen nach dem Beschluß der Budgetkommission **vom Reichstag zu wählende Mitglieder des Reichstages** und Sachverständige berufen werden. Die Forderung einer solchen besonderen Untersuchungskommission hat aber in den „oberen Regionen" arg verschnupft und der Reichskanzler beauftragte den „Vizekanzler" Dr. **Delbrück** mit einer absolutistischen Erklärung gegen die Zulässigkeit einer solchen Kommission. Wäre der Reichskanzler, wie es sich gehört, selbst in den Reichstag gekommen, so hätte er durch rechtzeitigen Rückzug vielleicht die Situation etwas verbessern können. So aber war Dr. Delbrück an den ihm überm ittelten Zettel gebunden und rasselte mit Wucht in den Abgrund.

Der Antrag der Budgetkommission erscheint der **sozialdemokratischen Fraktion** keineswegs genügend, um in die dunklen Ecken der Rüstungsprofitmacher Licht zu bringen. Unsere Fraktion ist der Ueberzeugung, daß eine Untersuchungskommission, wie sie das Zentrum fordert, nicht genügen wird, einesteils, weil die Regierung mit einem großen „Sachverständigen"-Apparat aufmarschieren und dadurch die Kritik der Reichstagsdelegierten überwältigen kann, und anderenteils — was das wichtigste ist —, weil diese Kommission keine Möglichkeit hat, selbständige Untersuchungen vorzunehmen. Unsere Fraktion beantragte daher, daß nicht der Reichskanzler, sondern der **Reichstag** die Untersuchungskommission einsetzen soll und daß diese Kommission das Recht erhalten soll, gleich ordentlichen Gerichten **Zeugen und Sachverständige zu vernehmen sowie Durchsuchungen und Beschlagnahmungen anzuordnen.** Hierdurch sollte der Reichstag dasselbe Recht zuerteilt erhalten, das in England und anderen Staaten von parlamentarischen Kommissionen ständig ausgeübt wird und von größter Bedeutung ist. Das wäre eine Kommission, die auch im vorliegenden Falle der Rüstungskorruption durchgreifend arbeiten würde.

Aber die Regierung ist von Entsetzen erfüllt, daß eine Mehrung der Reichstagsrechte eintreten soll und daß der Reichstag selbst in die Geheimnisse des kriegshetzerischen Rüstungskapitals Einblick gewinnen will. Ja sogar gegen den ganz unzureichenden zahmen Antrag von Zentrumsseite mußte Dr. Delbrück abwehrend die Hände erheben. Er will lediglich, daß der Reichskanzler **nach seinem Ermessen** eine Untersuchungskommission einsetzt und daß dazu auch gnädiglich eine Anzahl Mitglieder des Reichstags berufen werden darf. In einer heftigen und erregten Debatte wurde dieser Streit ausgefochten, der sich um die Frage dreht, ob **die Regierung** die Dinge machen kann wie sie will, ob **dieselben Regierungsleute**, in deren Ressorts die Unsauberkeiten und Verbrechen auf Volkskosten vorgekommen sind, die Untersuchung führen sollen, oder ob **der Reichstag aus eigner Kraft** für Ordnung und Besserung zu sorgen hat.

Nur bei den konservativen Parteien fand Dr. Delbrück Unterstützung. Zentrum, Nationalliberale und Fortschrittspartei — wenn auch nur die letztere Partei den Mut hatte, für die wirklich wirksamen Anträge der Sozialdemokratie einzutreten — sagten der Regierung mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit, daß es nicht angeht, sich absolutistisch aufzuspielen, wenn so viel Bedenkliches vorgekommen ist. Die Redner dieser Parteien konnten nicht umhin, der Sozialdemokratie zuzugeben, daß **ein erbittertes Mißtrauen** gegen die Zustände in den höheren Kreisen, gegen die Leute, die von den Milliarden der Heeressteuern sich maßlos bereichern, **durch die weitesten Schichten des deutschen Volkes geht.** Fast hätten die sozialdemokratischen Anträge, für die unsere Genossen **Frank** und **Ledebour** äußerst wirksam sprachen, die Mehrheit des Reichstages erzielt. Für den milderen Zentrumsantrag stimmten mehr als vier Fünftel des Hauses.

Wie will es nun Herr v. Bethmann-Hollweg mit der Untersuchungskommission halten? Wenn er sie nach dem herrischen Dünkel des Regierungswillens gestaltet, so ist sie von vornherein mit dem Mißtrauen des Volkes belastet. Nur wenn die Regierung einlenkt und dem Willen des Reichstags nachgibt, darf sie einigermaßen hoffen, daß die Untersuchung der Rüstungskorruption vom deutschen Volke überhaupt ernst genommen werden kann.

Die Situation der Regierungsleute ist überaus kläglich — und was wird die „höchste Stelle" zu dem Ungeschick und Mißgeschick der Handlanger sagen? Armer Bethmann, armer Heeringen!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130424/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG